

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die schlagspaltene Zeitspaltel oder deren Raum 60 Pfg., Verlagsanlangen-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 267.

Mittwoch, den 13. November 1918.

25. Jahrg.

## Revolution und Konstituante.

Als das revolutionäre Gewitter am Horizont aufzog, riefen demokratische Mächte dazu, den Versuch zu machen, es durch schnelle Einberufung einer Konstituante abzuwenden. Inzwischen hat sich das Gewitter entladen, der Sturm ist über das Land dahingebraust, und der befreiten Erde lächelt eine neue Sonne. Und siehe da, auf einmal findet man in der ganzen reaktionären Presse den verzweifeltsten Schrei nach der Konstituante.

Gestützt auf eine Wolffmeldung, wonach die deutschen Gesandten in Haag und in Brüssel berichtet haben sollen, daß die Entente mit einem beschwätischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine genügend autorisierte und genügend dauerhafte Regierungsgewalt zu finden vermöchte, wird das Schreckbild feindlichen Einmarsches und einer Besetzung ganz Deutschlands vor Augen gemalt. Unter dem Hinweis auf Rußland wird im Voraus Protest erhoben gegen die Vergewaltigung der Minderheiten, gegen die Diktatur eines Teils einer Klasse. Die „Deutsche Tageszeitung“ formuliert sogar schon bis ins einzelne hinein fünf Forderungen an die deutsche Regierung, unter denen sich auf dem Papier der „Deutschen Tageszeitung“ am sonderbarsten das Verlangen nach schleunigster Herstellung des Friedens unter Mitwirkung des Reichstages ausnimmt. Weiter wird verlangt, die zweifelsfreie Anerkennung der gesetzmäßigen Vertretung des deutschen Volkes, des Reichstages. Derselben Reichstages, den die „Deutsche Tageszeitung“ nicht oft genug und nicht brutal genug als Sitz aller Plaudereien, als Herd aller Auslehnung gegen die gottgegebenen Abhängigkeiten denunzieren konnte. Die jahrzehntelange jeden Andersdenkenden mit Gefängnis und Zuchthaus verfolgte, verlangen jetzt klare Bürgschaften für Vereins- und Versammlungsrecht, für Pressefreiheit und persönliche Freiheit aller Staatsbürger. Die hartnäckigen Verteidiger der Dreiklassenstände bestehen darauf, daß die neue Regierung sofort das gleiche Recht für alle Staatsbürger unantastbar sicherstelle. Und vor allem kehrt immer die Forderung wieder, daß der Reichstag an den Friedensbedingungen mitwirke, derselbe Reichstag, dessen Verlangen nach einem Mitentscheidungsrecht über Krieg und Frieden noch vor zwei Monaten diesen reaktionären Artikelschreibern als Sünde und Anmaßung galt, oder doch von ihnen als solche ausgeführt wurde.

Wir werden uns durch diese reaktionäre Gewaltpropaganda, die ja heute völlig ohnmächtig ist, weder von der Sicherung der revolutionären Errungenschaften abbringen, noch uns durch das Lob der übermündeten Mächte die Konstituante vereiteln lassen. Zunächst gilt es, die Ordnung aufrechtzuerhalten, damit nicht ganz Deutschland in ein chaotisches Elend, in Hungersnot und Verbrechen verfällt. Selbst ein gut bürgerliches Organ, wie das „Berliner Tageblatt“, erkennt an, daß die Arbeiter- und Soldatenräte ein gutes Werk tun, wenn sie zunächst einmal den Fortgang des sozialen Lebens sicherstellen. Die alten Gewalten sind zusammengebrochen und es bedarf im Augenblick einer neuen Gewalt, um nach dem raschen Siege der Revolution den inneren Frieden wieder zu gewährleisten. Der alte Reichstag aus dem Jahre 1912 kann dieser Aufgabe unmöglich genügen, und die Wahl der Konstituante kann nicht mitten in der Demobilisation vollzogen werden.

Auf der anderen Seite scheint es uns freilich selbstverständlich, daß die Demokratie die Rechte der Minderheit genau so zu achten hat wie die Rechte der Mehrheit. Die Mehrheit muß entscheiden und die Minderheit sich fügen. Aber die Minderheit muß die Möglichkeit haben, ihren Standpunkt in der freiesten Weise überall zu vertreten. Und eine gesetzgebende Versammlung, die endgültig die neue Ordnung schafft, muß eine Vertretung aller Deutschen sein, nicht eine Zusammenkunft der Vertrauensleute aus den einzelnen Fabriken und Kasernen. Jemandem geordnetes Wahlverfahren für die Räte, das Gewähr für die gleichmäßige Vertretung aller Meinungen gibt, läßt sich weder schaffen noch auch nur ausdenken. Die Räte sind ein Notbehelf für die Uebergangszeit, die Konstituante im Reich, im Staat und in der Gemeinde ist das Endziel. Die Soldatenräte werden mit dem Fortschreiten der Demobilisation ohnedies ihre Bedeutung rasch verlieren. Bei der drohenden großen Arbeitslosigkeit würden weite Kreise der Bevölkerung an die Arbeiterräte nicht einmal vertreten sein. Selbstverständlich muß und soll also das deutsche Volk so rasch wie möglich auf geordnete Weise unter Beteiligung aller seiner erwachsenen Männer und Frauen sich eine gesetzmäßige und gesetzgebende Körperschaft schaffen. Wenn aber die Reaktion auf einmal demokratischen Eifer prätendiert, so wehren wir lächelnd ab: ich kenne dich, Spiegelberg.

## Die Waffenstillstandsbedingungen

Die vom deutschen Volke als fast vernichtend empfunden werden, haben jetzt Ergänzungen und Abänderungen erfahren, die eine gewisse Erleichterung darstellen und bezüglich der Ernährung eine Besserung erhoffen lassen.

Die Köln Ztg. meldet aus Amsterdam: Vom Eisersturm werden folgende Änderungen des Waffenstillstandes gebracht, und zwar nach einer Meldung der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche Oberste Heeresleitung: Artikel 4, in dem es in Absatz 4 heißt: „Um die Gefahr einer Einrichtung einer ausgedehnten neutralen Zone zu vermindern usw.“ wird wie folgt lautet: „Eine neutrale Zone wird auf dem rechten Rheinufer zwischen dem Strom und 10 Kilometer von dort von der niederländischen bis an die Schweizer Grenze vorbehalten.“

Artikel 5 wird, um auf deutsches Gebiet die Truppen wieder ordentlich verteilen zu können, wie folgt geändert: Die Räumung des Rheinlandes, rechts und links der Mosel, durch den Feind wird in der Weise geregelt werden, daß sie innerhalb weiterer 16 Tage, mithin im ganzen 30 Tage, nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes verwirklicht sein kann. Weiter wird diesem Absatz folgendes hinzugefügt: „Von den Einwohnern wird niemand wegen des Verließens oder der Teilnahme an Kriegshandlungen vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes verfolgt werden.“

Artikel 14 lautet: „Auslieferung sämtlicher vorhandener Unterseeboote einschließlich der Unterseekreuzer und sämtlicher Minenleger nebst vollständiger Bewaffnung und Ausrüstung an den Verband und die Vereinigten Staaten. Sie haben sich nach den von den Verbündeten und den Vereinigten Staaten anzuweisenden Häfen zu begeben.“

Artikel 16: Da die Verbündeten der Ansicht sind, daß, wenn einmal der Waffenstillstand geschlossen ist, die Fortdauer der Seesperre die Versorgung Deutschlands in dem von ihnen für nötig erachteten Maße nicht behindern soll, wird die Bestimmung über die Seesperre folgendermaßen lautet: „Die Verbündeten und die Vereinigten Staaten geben die Versorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem Maße zu, das sie für nötig erachten.“

Am Schlusse wird Artikel 18 folgendermaßen geändert: „Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage mit Möglichkeit einer Verlängerung ausgedehnt. Im Verlaufe dieses Zeitraumes kann der Waffenstillstand von einer der Vertragsparteien gekündigt werden, was 48 Stunden vorher angesagt wird, wenn die Bedingungen nicht erfüllt werden.“

Es ist vereinbart, daß die Ausführung von Artikel 3 und 28 (wahrscheinlich 2 und 17) nur dann zur Kündigung innerhalb der verlängerten Frist wegen Nichterfüllung Anlaß geben darf, wenn diese Nichterfüllung vorläufig ist.

Um die Ausführung der Abmachungen zu den günstigsten Bedingungen zu ermöglichen, ist der Grundgedanke eines zweiseitigen Austauschens des Auswurfes angenommen, der unter der Oberleitung der militärischen und zermännlichen Kriegseleitungen des verbündeten Heeres stehen wird.

Wie weiter aus Berlin gemeldet wird, sind nach dem jetzt vorliegenden Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen folgende Ergänzungen nachzutragen:

Alle Einwohner Belgiens, Frankreichs, Elsass-Lothringens und Luxemburgs (einschließlich der Geiseln, der im Anklagezustand befindlichen und bereits Verurteilten) werden in ihre Heimat zurückgeführt. Diese Rückführung beginnt sofort und muß in einem Zeitraum von 14 Tagen beendet sein.

In allen vom Feinde geräumten Gebieten ist die Fortführung von Arbeiten unterliegt dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Zerstörungen irgendwelcher Art werden nicht ausgeführt. Militärische Einrichtungen jeder Art werden in unzerstörtem Zustand ausgeliefert, ebenso alle militärischen Vorräte, Lebensmittel, Munition, Ausrüstungsstücke, die nicht in dem für die Räumung festgesetzten Zeitraum haben mitgeführt werden können. Alle für die Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelvorräte jeder Art (Vieh usw.) müssen an Ort und Stelle gelassen werden. Industrielle Anlagen dürfen keine Schädigung erleiden; ihr Personal darf nicht gewechselt werden. Die Verkehrswege und Mittel jeder Art dürfen keinerlei Beschädigungen erleiden. Das sämtliche Militär- und Zivilpersonal, das augenblicklich an ihnen verwendet wird, ist dort zu belassen. Die elsass-lothringischen Bahnen mit sämtlichem organisch zu ihnen gehörigen Personal und Material sind in dem für die Räumung Belgiens und Luxemburgs festgesetzten Zeitraum auszuliefern. Außerdem ist das für den Eisenbahnverkehr auf dem linken Rheinufer notwendige Material an Ort und Stelle zu belassen. Sämtliche Vorräte an Kohlen und Betriebsmaterial, Schienen, Signalgeräte sind an Ort und Stelle zu lassen und während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes von Deutschland vollständig und in gutem Zustande zu unterhalten. Sämtliche den Verbündeten abgenommenen Lastkähne sind ihnen zurückzugeben. Das Requisitionrecht wird von den Armeen der Verbündeten und den Vereinigten Staaten auf allen von ihnen besetzten Gebieten ausgeübt. Der Unterhalt der Besatzungstruppen der rheinischen Gebiete (mit Ausnahme Elsass-Lothringens) erfolgt auf Kosten der deutschen Regierung. Die nicht transportfähigen Kranken und Verwundeten, die auf den von den deutschen Armeen geräumten Gebieten zurückgelassen werden, werden von deutschem Sanitätspersonal gepflegt; dies ist daher mit dem nötigen Material an Ort und Stelle zu belassen.

## Allgemeine Bestimmungen.

Alle Zivilinternierten (einschließlich die Geiseln, die im Anklagezustand befindlichen oder Verurteilten), die den Verbündeten oder verbündeten Mächten angehören, sind ohne Recht auf Gegenleistung in einem Höchstzeitraum von einem Monat in ihre Heimat zu befördern.

## Finanzielle Bestimmungen.

Spätere Ansprüche und Forderungen jeder Art von seiten der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden vorbehalten.

Die Wiederherstellung aller Beschädigungen. Während der Dauer des Waffenstillstandes darf der Feind keine öffentlichen Werte beseitigen, die den Verbündeten als Pfänder für die Deckung der Kriegsschäden dienen können.

Sämtliche Luftstreitkräfte werden in den von den Verbündeten und den Vereinigten Staaten bezeichneten deutschen Flughäfen gruppiert und demobilisiert.

Deutschland liefert bei der Räumung der belgischen Küste und der belgischen Häfen aus: Sämtliches Halengerät und sämtliche Fluchtflugschiffe, sämtliche Handelschiffe, Schlepptanker, Lastkähne und alles Ausrüstungsgerät, sämtliches Material und sämtliche Vorräte des Marine-Flugwesens, sämtliche Waffen, Apparate und Vorräte jeder Art.

Deutschland räumt sämtliche Häfen des Schwarzen Meeres und überläßt den Verbündeten und den Vereinigten Staaten sämtliche von den Deutschen im Schwarzen Meere beschlagnahmten russischen Kriegsschiffe aus.

Sämtliche den verbündeten und verbündeten Mächten angehörenden Handelschiffe, die sich augenblicklich in deutscher Gewalt befinden, werden ohne Recht auf Gegenleistung auf den von den Verbündeten und den Vereinigten Staaten bezeichneten Häfen abgeliefert. Jede Zerkürung von Schiffen oder von Material vor der Räumung, der Ablieferung oder der Rückgabe, ist untersagt. Irgendwelche Ueberschuldung deutscher Handelschiffe jeder Art unter irgendeiner neutralen Flagge soll nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes nicht stattfinden können.

## Wilson's Unterfözung der Mittelmächte.

W.D. Washington, 12. November. Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte:

„Das Ziel des Krieges ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, so wie ihn die Männer verstanden haben, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende. Die Willkürmacht und Willkürherrschaft Deutschlands, die geheim und aus eigener Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet. Viel mehr als das ist erreicht: große Nationen, die sich verbündeten, um sie zu vernichten, haben sich jetzt endgültig zu dem gemeinsamen Ziele vereinigt, den Frieden aufzurichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach unheimlicher Gerechtigkeit befriedigen wird, und der in Ausgleichen bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden, als den konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen bekundet sich bereits in praktischer Weise. Ihre Vertreter im Obersten Kriegsrat zu Versailles versicherten durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, gesehen soll, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und das Elend zu erleichtern. Es sollen unmittelbare Schritte getan werden, diese Unterstützungen maßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraums der Mittelmächte sollte es alsbald möglich sein, die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klarzumachen, denen sie sich jetzt überall gegenübersehen.“

„Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben? Mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberreten und mit welcher Bürgschaft, daß die Bürgschaft von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen, wenn der Frieden geschlossen ist. Auf wessen Versprechungen und Verpflichtungen außer denen von uns selbst wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Fragen jetzt sofort nicht befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist. Die Völker, die eben jetzt aus dem Joch der Willkürherrschaft herausgekommen sind, und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufzurichten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bekommt, alle Furcht vor ihrem Nachbarn und seitherigen Herren beseitigen und sie inhandlegen, sicher und zurieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Ablicht oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg der Selbstbeherrschung und Friede-

„Nischen Anpassung“ kennen“ und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zur Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir Geduld und Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.“

Aus dieser Rede spricht ein anderer Geist als aus den Waffenstillstandsbedingungen, die auf Vernichtung des deutschen Volkes hinauslaufen. Doch nicht nur aus Amerika, sondern sogar aus Frankreich kommen Stimmen, aus denen nicht mehr der Haß herausklingt. Renner meldet aus Paris: Clemenceau hat Journalisten gegenüber erklärt, Deutschland habe mit der Übergabe gewartet, bis es vollkommen erlöset war. Jetzt sei es nicht in der Lage, sich mit dem Feinde selbst zu vergleichen. Da die Lage Deutschlands und der Welt verzwweifelt sei, werde man alles Mögliche tun, um diese beiden Länder zu unterstützen, da man für und nicht gegen die Menschlichkeit Krieg führe.

### Erlaß der Regierung.

Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten kündigt an, die Regierung setze sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen, und verkündet mit geschlicher Kraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter. Aufhebung der Zensur. Freie Meinungsäußerung. Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefängnisstrafen sowie des Ausnahmegesetzes für Landarbeiter, und die Wiedererrichtung der Arbeiter-Schutzbestimmungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Normalarbeitszeit in Kraft treten.

Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Arbeitslosen, Erhöhung der Verpflichtungspflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung geordneter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums, Schutz des Eigentums gegen die Eingriffe Privater.

Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportions-System für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt.

### Revolutionäre Bewegung.

#### Die Gewalt des Volksgrates.

Berlin, 12. November. Der Volksgrat des Berliner A- und S-Rates hatte gestern Abend im Reichskanzler-Palais eine einstündige Beratung mit den Regierungsvorstreitern. Es wurde folgende Übereinstimmung erzielt: Die Machtvollkommenheiten des Volksgrates lassen sich nach der „Nationalzeitung“ dahin umschreiben, daß er volle Volksgewalt besitzt. Die Reichsregierung ist ihm im vollen Umfange verantwortlich und Rechenschaft schuldig. Dies gilt gleichermaßen für alle sonstigen Reichs- und preussischen Landesbehörden. Bei jeder Neubesetzung eines Postens ist die Zustimmung des Volksgrates notwendig, der auch die Absetzung der gesamten Regierung oder einzelner Glieder verfügen kann. Die Reichsminister und die preussischen Minister werden den Titel Volkskommissar führen.

#### Von der Organisation der Volksherrschaft.

Die Organisation von Arbeiter- und Soldatenräten hat im Osten und Westen des Reiches rasche Fortschritte gemacht und ist nahezu vollendet. Fast überall ist es ohne Blutvergießen abgegangen. Nur an ganz wenigen Orten haben die Anhänger des alten Regimes es noch zum Blutvergießen getrieben. So wird uns aus Schwabensberg berichtet, daß es Freitag Abend zu heftigen Kämpfen gekommen ist. Größere Soldatenruppen demonstrierten vor dem Ortshaus „Zur Krone“ um Erleichterung des Dienstes und Freilassung der Militärärzte. Ein Offizier trat auf die Straße und brüllte einen dort stehenden Unteroffizier an: „Lump, wenn Du mich nicht grüßt, sperre ich Dich ein!“ Dieser Ausbruch alter Kasernenbrutalität war das Signal zu einer Prügellei, bei dem die Offiziere überlugel wurden. Die Menge zog dann zum Arrestlokal und befreite die Arrestanten. Im Triumph ging es dann wieder zu den Offizieren zurück, wo man jetzt die Zuspätkommenen besserer Diensten und besseren Lebens genießt. Soldaten und Zivilisten zogen dann zur Infanteriekaserne, wurden aber dort überraschend von einer Patrouille von 80 Mann mit aufgeschlossenen Bajonetts empfangen. Diese Prätorianergarde des alten Regimes gab auch Feuer und erschlug einen der aus dem Arrest befreiten Soldaten. Die Menge überschrie in die Stadt zurück. Es war wohl der letzte Sieg, den der alte Kadavergehorfam dabegetragen hat.

Im übrigen laufen langsam genauere Meldungen über den Aufbruch an den einzelnen Orten ein. Die Verzögerungen im Briefverkehr und die Sperrung im Telegraphenverkehr haben sie zurückgehalten. Sie belegen übereinstimmend, daß die Parteipresse sich den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung stellt, die überdies die Meinungsfreiheit vollkommen sichern. An den Orten, an denen die unabhängige Sozialdemokratie Partei vertreten ist, wird sie in den neugebildeten Räten mehr räumlich zugelassen. Dort tritt der Richtungsstreit gegenwärtig im allgemeinen harmlos zurück, und der einstimmige proletarische Wille im Frieden und Ordnung herrscht vor.

#### Die Regierungsteilung.

Die „Politik parlamentarischer Nachrichten“ meldet: Die Verteilung der Arbeit im Rat der Volksbeauftragten ist vorläufig wie folgt:

Robert Fricke und Müller, Haase, Bergeres und Kollonitsch, Scheidemann, Ginzler, Dittmann, Demobilisierung und öffentliche Gesundheitspflege, Landberg, Bräse und Nachrichtenbüro, Barth, Sozialpolitik.

#### Deutsches Luftamt.

Die Reichsleitung beschließt den Entschluß, die Jagdgruppen zur Umgestaltung der Flieger in den Dienst des kriegsgeheimen Organisations des Flugwesens in eine Flieger-Abteilung unter dem Namen „Deutsches Luftamt“. Dieser Schritt hat die Aufgabe, die in den Dienst des Volksgutes zu stellen auf dem Gebiet von Handel, Verkehr, Post, Nachrichtenwesen und Wissenschaft. Die Flieger sind dem Reichsamt für Luftwesen, Oberkommando, Saarebrücken 11. Telegraphenamt, Berlin, unterstellt. Die Fliegergruppen sind: Kämpfer, Flieger, Luftschiff.

In der Sitzung der Reichsleitung: Gehrke.

### Sehnsucht nach der Heimat.

Der frühere Bizekanzler v. Bamberger und der frühere Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Justizrat Frimhagen, sind in ihre Heimat abgereist. Die Führung der Geschäfte hat Unterstaatssekretär Kewald übernommen. — Staatssekretär Graf Rödern hat sich von seinen Beamten verabschiedet und ihnen mit warmen Worten die Weiterarbeit unter der neuen Regierung ans Herz gelegt. Die Führung der Geschäfte ist vorläufig dem Unterstaatssekretär Schiffer übergeben.

#### Die Berliner Lebensmittelversorgung.

Der Stadtrat Simonsohn erklärte einem Mitarbeiter der A. u. S. auf die Frage, ob Störungen in der Ernährungswirtschaft vorgekommen seien, folgendes: Die Lebensmittelversorgung ist von den Soldatenräten beherrscht und es wird verhindert, daß ein Mangel an Nahrungsmitteln eintritt. Ebenso vollzieht sich die Abfuhr des Mehls in geordneter Weise. Das Publikum hat sich leider zu Ankaufen von Brot hinreizen lassen, indem es auf die Brotkarten der nächsten Woche Vorläufe vornahm. Die Bäder haben sich in Nichtachtung der bestehenden Vorschriften diesem Verlangen nicht widersetzt. Das Publikum ist deshalb soweit etwa die Brotversorgung im Augenblick nicht klappert, selbst daran Schuld und vergrößert durch seine unruhigen Vorkäufe die allgemeine Notlage. Die Stadt Berlin ist auf einige Wochen mit Mehl eingedeckt, jedoch eine Störung nicht notwendig ist. Die Milchversorgung hat durch die Unterbrechung des Bahnverkehrs sehr gelitten, besonders da der Lehrter Bahnhof Berlins größter Milchbahnhof ist. Die Eisenbahndirektion hat aber die halbtägige Beherrschung dieser Schwierigkeiten in höhere Aussicht gestellt, und wir hoffen, daß sie in absehbarer Zeit behoben sind.

#### Der demokratische Neuaufbau in den Bundesstaaten.

Berlin, 12. November. Wie in Bayern, Württemberg und Baden soll auch in Hessen die neue Volksregierung Vertreter der nichtsozialdemokratischen Parteien umfassen. Durchweg wird die schnellste Einberufung von konstituierenden Landesversammlungen auf demokratischer Grundlage verprochen.

#### Das große Hauptquartier.

ist mit Genehmigung der Regierung durch Hindenburg von Spa nach Homburg vor der Höhe verlegt worden.

#### Erklärung des Oberbefehlshabers Ost.

WB. Berlin, 12. November. Der A- und S-Rat teilt mit: Der Oberbefehlshaber Ost mit den unterstellten Armeen stellt sich in gleicher Weise wie die Oberste Heeresleitung zur Verfügung.

#### Rat der Beamten.

Die gesamte Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes ohne Unterschied des Grades und des Geschlechts hat heute einen Rat zur Vertretung ihrer Interessen und zur Leitung der Geschäfte gewählt. Die anderen Zentralstellen dürften diesem Beispiel folgen.

#### Alle Berliner Tageszeitungen.

die während der ersten Revolutionstage von radikalen politischen Gruppen in Besitz genommen waren, darunter die „Berliner Volkszeitung“ und die „Berliner Allgemeine Zeitung“, erscheinen jetzt wieder unter der Leitung ihrer alten Redaktionen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat ihren Titel geändert in „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Der „Reichsanzeiger“ heißt jetzt „Deutscher Reichsanzeiger“ und „Preussischer Staatsanzeiger“.

#### Eine republikanische Partei der Fortschrittler.

Berlin, 13. November. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die Fortschrittler ihren geschäftsführenden Ausschuss einberufen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich werden sie eine republikanische Partei mit sozialreformatorischem Programm bilden.

#### Die Republik Baden.

Karlsruhe, 12. November. Aus Mannheim wird gemeldet: Das Aktionskomitee des A- und S-Rates hat die Ausrufung der sozialistischen Republik in Baden beschlossen. Die neue badische provisorische Volksregierung hat heute nachmittag mit den A- und S-Räten des ganzen Landes getagt. Sie hat die Einrichtung von A- und S-Räten gutgeheißen und die Soldatenräte haben sich als Landesauschüsse badischer A- und S-Räte konstituiert.

#### Weitere Thronentagungen.

Reims, 12. November. Fürst Leopold IV. zur Lippe entagte dem Thron.

Bernburg, 12. November. Der „Anhalter Courier“ schreibt: Der Prinzregent verzichtete für den Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht und legte ferner die Regentschaft des Herzogtums nieder. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

#### Beginnender Verfall in Polen.

Breslau, 12. November. Wie aus Warschau gemeldet wird, haben die deutschen Besatzungstruppen Befehl zum Verlassen des Landes erhalten. Gegenwärtig haben sich drei polnische Regierungen gebildet, und zwar eine in Warschau, eine in Lublin und eine in Krakau. — Nach einer Meldung aus Oppeln steht Polen unmittelbar vor dem Stillstand seines gesamten Eisenbahnverkehrs.

#### Polnische Angriffsbereitschaft in Oberschlesien und Polen.

Es liegen verlässliche Nachrichten vor, daß sowohl in Oberschlesien als auch im polnischen Gebiet polnische Legionäre und unorganisierte Verbände eingebrochen sind und rasch und plündernd Besitz von den Ortschaften ergreifen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat energische Maßnahmen beraten, um die deutschen Volksgenossen in diesen Gebieten zu schützen.

#### Die revolutionäre Bewegung in Holland.

In Rotterdam fand am Sonntag eine Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, in der beschlossen wurde, den bereits angekündigten allgemeinen Arbeiterkongress am 17. November abzuhalten. Für den Kongress wurde ein vorläufiges Programm aufgestellt, worin u. a. verlangt wird, sofortige Demobilisierung mit Auszahlung entsprechender Vergütung für die Zeit der Arbeitslosigkeit der Demobilisierten, sofortige Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts, Abschaffung der

alten Kammer, sofortige Einführung des gesetzlichen Arbeitstages und Sechskundentages für Bergarbeiter, Einführung von staatlichen Pensionen für alle Personen über 60 Jahre, beträchtliche Erhöhung der Gehälter der Arbeiter und unteren Beamten im öffentlichen Dienst und des Eisenbahnpersonals, vollständige Arbeitslosigkeitsversicherung unter Aufsicht der Arbeiterorganisationen, die Lebensmittelversorgung muß dem Gegenstand gemeinschaftlicher Fürsorge bilden.

Im Laufe dieser Woche werden in allen größeren Städten Volksversammlungen zur Unterzeichnung dieser Forderungen stattfinden.

#### Nach Holland Republik?

Die sozialistische Partei Hollands heruft einen allgemeinen Arbeiterkongress für den 24. November nach Amsterdam. Nach dem Einladungsbrief soll die Partei Stellung nehmen zu der europäischen Revolution. Sie will entschlossen sowohl den Kapitalismus wie die Anarchie bekämpfen, damit die Führung der Welt in die Hände der Arbeiter gelangt.

#### Kaiser Karl auf der Flucht.

Berlin, 12. November. Nach einem Privattelegramm der „Vossischen Zeitung“ aus Wien hat Kaiser Karl gestern Abend mit seiner Familie im Auto unter Bedeckung in unbekannter Richtung Schönbrunn verlassen. Man nimmt an, daß er sich nach der Schweiz begeben hat.

Wien, 12. November. Still und unbemerkt hat im vorgerückten Abend Kaiser Karl mit Familie Schönbrunn verlassen. Als die Dunkelheit hereingebrochen war, sahen vor dem Schloß sieben Automobile vor. In den beiden ersten saßen einige Gendarmen, die den Kaiser auch jetzt nicht verlassen wollten. Im dritten war das Kaiserpaar, im vierten wurden die fünf Kinder des Kaiserpaars untergebracht, den Schluß bildete die Dienerschaft. Der Kaiser trug Zivilkleidung. Unbemerkt von der Menge fuhr die Wagen durch Seitengassen, legten über die Reichsbrücke und verchieden auf der quer durch die Donauauen nach Eckartsau führenden Straße.

#### Wilson an die Völker Österreich-Ungarns.

Wie aus Wien gemeldet wird, ist an den Genossen Karl Seig, Präsidenten des Staatsrats, heute in einer Depesche aus Bern von dem Informationsbüro der Vereinigten Staaten von Amerika (Committee of Public Information) folgende Botschaft des Präsidenten Wilson angelangt: „Der Präsident der Vereinigten Staaten richtet an die nun konstituierten Völker in Österreich-Ungarn, denen die Befreiung vom Joch des österreichisch-ungarischen Reiches gelungen ist, den folgenden Aufruf: „Es sei mir gestattet, als Vorsitzender Eurer vielen aufrichtigen Freunde zu sagen: „Es ist die ernsthafteste Hoffnung und Erwartung aller Freunde der Freiheit allerorts und insbesondere jener, denen gegenwärtig die unmittelbare Pflicht obliegt, den befreiten Völkern der Welt beim Werke des Ausbaues ihrer wahrhaften Freiheit beizustehen, daß sowohl die Führer wie die Bevölkerung der nun befreiten Länder danach trachten, die begonnenen Veränderungen sowohl in Ordnung, mit Mäßigkeit und Milde, wie auch mit Festigkeit durchzuführen und Gewalttätigkeit und Grausamkeit jeder Art zu vermeiden und zu verhindern, auf daß keinerlei Unmenschlichkeiten die Annalen des neuen Zeitalters, das das einer vollkommenen Ordnung sein soll, beslecken. Eure Freunde wissen, daß solche Vorkommnisse die großen Dinge, die wir alle anstreben, nur verzögern könnten, und sie richten daher vertrauensvoll an Euch den Appell, es mögen alle Kräfte gebunden werden, die die Fortschritte der Freiheit verzögern oder in Miskredit bringen könnten.“ Woodrow Wilson.“

#### Dem Andenken Viktor Adlers.

Das Hinscheiden Viktor Adlers wird von der gesamten Wiener Presse bedauert. Die Blätter rühmen die hervorragenden Eigenschaften, die hohen Verdienste und den edlen Sinn des Verstorbenen, dessen Verlust gerade jetzt unerlässlich sei. Der deutsche Botenbote, Graf Wedel, kondolierte, desgleichen der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand. Die Arbeiterzeitung widmet dem Verstorbenen den größten Teil des Blattes.

#### Die deutsch-böhmische Landesvertretung.

hat sich durch ein Telegramm an den Reichskanzler dem Wunsche des deutsch-österreichischen Staatsrats angeschlossen, daß die jetzigen politischen Ereignisse zu einem festen Zusammenfluß des ganzen Deutschums führen möchten.

#### Neuer rumänischer Krieg.

Budapest, den 13. November. Die Rumänen bekräftigen seit vorgestern auf dem Kriegsspiel gegen den deutschen Staat. Gestern erschienen plötzlich in Bukarest Plakate, in denen die Mobilisierung aller Jahrgänge bis zum 30. Jahre, auch der Walachei, angeordnet wurde. Infolgedessen hat Mackensen mit dem größten Teil seiner Truppen den Abmarsch aus Rumänien begonnen. Es gelang den deutschen Soldaten, den größten Teil der Munition, Maschinengewehre und Artillerie wegzuführen. In Bukarest sind nur 3000 Mann Besatzung zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgeblieben. Die rumänischen Behörden haben die Verwaltung bereits übernommen. Für Mittwoch wird der Einzug der Franzosen erwartet. Die deutschen Truppen halten die Eisenbahnlinie Kronstadt besetzt, um den Abmarsch zu schützen.

Mackensens Armee aus Rumänien ist bereits auf dem Marsche. Über Kronstadt sind 20 000 Mann, über Hermannstadt 35 000 Mann, über Orsova 10 000 Mann und über den Szuruk-Paß 4000 Mann marschieren. Die aus Serbien zurückkehrenden deutschen Truppen haben gegen die nachdrängenden Serben die Eisenbahn aufgerissen. Überdies hat General Franchet die aus Serbien in Ungarn eingetroffenen Truppen zurückkommandiert. Mackensen soll auf seinem Rückzuge bisher keinen Widerstand gefunden haben.

#### Der Tischgenossen Gruß an die deutsche Republik.

Brag, 12. November. „Bravo Vidu“ veröffentlicht an der Spitze seiner Abendausgabe einen Gruß an die sozialistische deutsche Republik. Die sozialistischen Sozialisten können nun, schreibt das Blatt, den deutschen Genossen ihre Bruderhand reichen. Aus tiefer Seele erhebt der Gruß der Proletarier aller Länder: Begrüßung Euch! Heute sei alles vergessen! Freie Menschen begehnen freie Menschen. Die Nationen nehmen ihr Schicksal in die Hand. Die französische, englische, italienische und die Arbeiterpartei der ganzen Welt hat nun keine Ursache mehr, in Deutschland die Feinde der Reaktion und eine ständige Bedrohung zu sehen.

### Kein Jahresgehalt der bayerischen Staatsminister.

München, 12. November. Wie die „Abendztg.“ erzählt, beziehen die neuen bayerischen Staatsminister kein Jahresgehalt, sondern eine Dienstauswandschädigung, die sich in ihrer Höhe wenig von dem Tagesgeld eines Landtagsabgeordneten unterscheidet.

### Ein deutscher Flotten-Zunftspruch.

Die britische Admiralität teilt mit, daß sie einen Zunftspruch des deutschen Kriegsschiffes „Strasbourg“ aufgefange habe, gerichtet an alle deutschen Kriegsschiffe und Zerstörer der Nord- und Ostsee. Darin werden die Waffenstillstandsbedingungen bekannt gegeben und es heißt weiter: Die Waffenstillstandsbedingungen bedeuten die Vernichtung Deutschlands. Kameraden! Verteidigt unsere Seestreitkräfte gegen diese ungeheuerliche Umarmung. Es ist bekannt, daß englische Seestreitkräfte bereits in der Höhe von Skagen sich befinden. Alle U-Boote in der Ostsee mit Ausnahme der Vorposten sollen sofort in den Hafen von Sahnitz zurückkehren.

### Eine letzte U-Boot-Lat.

Die englische Admiralität teilt mit: Der Kreuzer „Britannia“ wurde am 9. November östlich des Einganges der Gibraltarstraße torpediert. 39 Offiziere und 673 Mann wurden gerettet. Die Gesamtbeschädigung betrug 820 Köpfe. Das Schiff verdrängt 16 000 Tonnen und ist 1914 gebaut.

### Für den Zusammentritt der gewerkschaftlichen Internationale.

Die gewerkschaftlichen Landeszentralen Schwedens und Dänemarks haben ihre Vertreter für die internationale Gewerkschaftskonferenz gewählt. Sie stimmen der von den holländischen Gewerkschaften vorgeschlagenen Tagesordnung zu und hoffen auf einen möglichst baldigen Zusammentritt der Konferenz.

### Todesstrafe für Lebensmittelwucher.

Stuttgart, 13. November. In einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde ein Antrag angenommen, der die Zurückhaltung von Lebensmitteln zur Erzielung von Wucherpreisen mit dem Tode bestraft.

### Standrechtliche Erschießungen.

W.S.B. Hannover, 12. November. Am Bahnhof und in der Kochstraße in Linden kam es gestern nacht zu heftiger Schießerei zwischen Sicherheitspatrouillen und Räuberbanden, die mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren ausgerüstet, über zwei Automobile verfügten. Die Sicherheitspatrouillen brachten 84 Verwunden ein, von denen drei Hauptverbrecher standrechtlich erschossen wurden.

### Der Knopfmacher in Holland.

W.S.B. Amsterdam, 12. November. „Telegraaf“ erzählt, daß der Kronprinz bei Etten im Automobil über die Grenze gekommen sein soll.

### Zurückziehung der Aufrufungen zum Militärdienst in Amerika.

Amsterdam, 12. November. Nach Meldungen aus Washington sind nun alle noch nicht verhandelten Aufrufungen für den Militärdienst zurückgezogen worden.

### Keine sofortige Demobilisation amerikanischer Marine-Kreiskräfte.

Aus Washington wird gemeldet: Staatssekretär Daniels teilt mit, daß keine sofortigen Schritte getroffen würden, um einen Teil der amerikanischen Marine-Kreiskräfte zu demobilisieren.

### Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Wittwoch, 13. November.  
Erlösung.  
Eingeschmolzene Glocken schwingen  
Durch den Spätherbstnebel weich,  
Quellen, die verschüttet, springen,  
Wieder hell und klar und reich!  
Hoffnungen, die Ihr verjagtet,  
Lücket wieder rasen Schein!  
Bücker, die Ihr Euch bekriegtet:  
Frieden, Frieden wird bald sein!  
Nicht nur Mader, Schutt und Trümmer  
Deckt zermahlter Erde Grünst,  
Das Gerächel und Gewimmer,  
Meint noch immer in der Luft!  
Blut und Tränen, tief wie Meere,  
Sind geflossen, warm und rot;  
Unser Jugend Blütenheere  
Frag der Tod — der Schlachtentod!  
Doch das Morden neigt zum Ende,  
Und die blutige Sense fällt  
Müde aus dem Krampf der Hände,  
Die entvölkerten die Welt...  
Ach, wir haben viel getragen:  
Kummer, Bangen, Not und Leid!  
Doch ein Frührot will nun tagen  
Voller Hoffnungsfröhlichkeit!  
Menschen werden wieder bauen,  
Was der Menschheit Faust zerbrach!  
Hand um Hand legt voll Vertrauen  
Sich auf Ambos und auf Pflug!  
Aus zermahlten und zerhackten  
Gräben keimt die neue Saat,  
Grünt der Erde neuer Garten,  
Wächst die Friedensfrohe Tat!  
Alle Narben, alle Wunden  
Sollen unvergessen sein!  
Die Ihr Schlachtentod gefunden,  
Ihr sollt Friedensarbeit weihn!  
Eurem treuen Angedenken  
Wirken wir im Geiste nach:  
Euer Kämpfen, Euer Denken  
Galt ja nur dem Friedenstag!  
Einer weisen Taube Flügel  
Sah ich hoch die Kreise ziehn  
Erde, deine blutigen Siegel  
Breden auf und wollen blühn!  
Aus dem letzten Kampf, dem müden,  
Kehrt sich die zerquälte Welt,  
Und die Hoffnung und der Frieden  
Reihen über's Verheerete...  
Lübbig Lassen.

## Hindenburg an das Heer.

Berlin, 12. November. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an die deutsche Armee folgenden Erlaß gerichtet:

An die Armee!  
Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Armee Gewaltiges vollbracht. In siegreichen Angriffsschlachten und zäher Abwehr, in hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis aus Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer erdrückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftsvorgängen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufricht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre lang gegen eine Welt von Feinden bestanden, und im Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben. Schöpfen wir neue Kraft! Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellsten Rückmarsch in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem Einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen; ich vertraue auch jetzt auf Euch.  
v. Hindenburg.

## Flaggenparade!

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,  
Zu unsrer Fahne steht zu Haut;  
Ob auch die Lag' uns noch unmachtet,  
Wald steigt der Morgen hell herauf.

So beginnt die Arbeitermarke, die hier oft von der merkfräftigen Bevölkerung gefolgt wurde. Der Morgen ist nun hell herausgebrochen. Und um dieses Ereignis zu feiern, versammelten sich gestern die Massen, Soldaten und Arbeiter, auf dem Marktplatz, dem Rathaus und von der Post grüßte die rote Flagge der Revolution, die auch auf dem Gerichtsgebäude, in dem schon manche Klassenurteile gegen Arbeiter und Arbeitervertreter gefällt sind, wehte. In den Lüften kreuzten die Flieger, mit roten Wimpeln geschmückt. Die Straßenbahn führte gleichfalls rote Fahnen.

Der Vorsitzende des Soldatenrates Kamerad Zeit begrüßte die so zahlreich erschienenen Soldaten und Bürger Lübeds und wies darauf hin, daß die heutige Flaggenparade den Zweck habe, darauf hinzuweisen, daß der Soldaten- und Arbeiterrat die Macht in Lübeck in die Hand genommen habe und alles daran setzen wird, geordnete Zustände auf freier Grundlage zu schaffen. Lübeck sei zwar lange eine Republik gewesen, aber eine solche der reichen Leute, jetzt solle sie aber eine Volksrepublik werden.

Darauf sprach der Vertreter des Soldatenrates Kamerad Eberhard, der besonders zu den Soldaten sprach und ihnen strengste Disziplin empfahl, auch im Äußeren sollen die Soldaten zeigen, daß sie keine zuchtlose Horde, sondern freie Bürger im Waffenrock seien.

Hierauf ergriff Arbeitersekretär Genosse Mehrlein als Vertreter des Arbeiterrates das Wort. Er sagte etwa folgendes: Der heutige Tag in ernster Zeit bedeute kein Freudentag, sondern die Demonstration der Macht, welche jetzt in Lübeck der Soldaten- und Arbeiterrat verkörpert. Wohl sind wir uns bewußt, welche Riesearbeit vor uns läge, doch seien wir auch fest entschlossen, allen Hindernissen Herr zu werden. Wir wollen keinen Terror aufbringen, sondern weitest Kreise zur Mitarbeit heranziehen. Das Bürgerturn zeigt jetzt schon nach wenigen Tagen der Volksherrschaft Eintauchen, daß nicht alles so klappert, wie in der vorübergehenden Zeit. Der Herrgott hat aber selber 7 Tage Zeit gebraucht, eine ganze Welt zu schaffen, da wird man uns wohl auch etwas Geduld geben müssen. Eines ist aber schon heute sicher, wir werden nie so ungerecht verfahren, wie die verfluchten Machthaber, die uns z. B. von 120 Mandaten in der Bürgerchaft ganze 15 zur Verfügung stellten! Und in Behörden und Kommissionen uns bis zum Kniege völlig hinhielten. Und auch dann nur mit einem Vertreter in den wenigen Behörden, die man uns überhaupt zusprach, abspitzten, ungeachtet unserer Proteste und des Gerechtigkeitsgeföhls. Lübeck war eine Domäne der reichen Kaufleute und für sie ein Paradies, jetzt würde es aber anders werden, mit der Herrschaft der Arbeiter und damit weniger Familien sei es nun endgültig zu Ende.

Weiter wies Mehrlein noch darauf hin, wie lange die deutsche Arbeiterchaft unter der Herrschaft des Militarismus mus gefolgt habe und wie zu diesen Höhen das deutsche Bürgerturn bewundernd aufgesehen habe. Und nun haben die Arbeiter im Waffenrock diesem Spul ein so rasches und gründliches Ende bereitet. Wie in o'scher Zunder sei die ganze Herrlichkeit über Nacht zusammengebrochen. Jetzt gälte es auf freiem Grunde mit freiem Wille ein neues, gerechteres und besseres Deutschland aufzubauen, nicht auf Klassenherrschaft wie bisher beruhend, sondern auf Gleichberechtigung aller schaffenden Stände. Redner schloß mit einem Hoch auf die Volksrepublik Lübeck und die Sozialdemokratie.

### Gas- und Elektrizitätsverbrauch.

Die Betriebsbehörde im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat hat neuerdings einschränkende Anordnungen über den Gas- und Elektrizitätsverbrauch erlassen. Wir möchten darauf hinweisen, daß bereits einer Anzahl von Abnehmern, welche den — teilweise schon früher bestehenden — Anordnungen nicht nachgekommen waren, die Gas- und Stromentnahme entzogen ist. Da nur bei strenger Befolgung der in den Tageszeitungen am 12. ds. Mts. nochmals veröffentlichten Anordnungen die Möglichkeit besteht, mit den vorhandenen spärlichen Kohlenvorräten in nächster Zeit einigermaßen auszukommen, werden auch künftig Zuwiderhandlungen unnachlässig mit Gas- oder Stromabmeldung bestraft werden. Den Beteiligten kann daher nicht dringend genug empfohlen werden, sich den im allgemeinen Interesse getroffenen Anordnungen unbedingt zu fügen.

### Arbeitsbeschaffung in Lübeck.

Eine vom Lübecker Industrie-Verein am 12. ds. Mts. einberufene und von allen größeren Arbeitgebern aus Industrie und Handwerk (insgesamt etwa 80) besuchte Versammlung beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Arbeitsbeschaffung während der Demobilisation. Die Beratung ergab, daß die durch den Abschluß des Waffenstillstandes und durch die plötzliche Umstellung der gesamten Wirtschaft geschaffene Lage sofort durchgreifende Maßnahmen notwendig mache. Nach übereinstimmender Ansicht der Versammlung erwächst in erster Linie für alle Arbeitgeber Lübeds die zwingende Notwendigkeit, auch unter Opfern mit allen Mitteln für eine möglichst weitgehende Arbeitsbeschaffung (soweit nötig und möglich, durch Lager-

arbeiten) in ihren Betrieben tätig zu sein. Sofern wegen der Kohlenfrage, der Kohlennot, der stattgehabten technischen Umstellung der Betriebe usw. dem unvermeidbare Schwierigkeiten im Wege stehen, muß bis auf weiteres, soweit irgend möglich, für die Beibehaltung der jetzigen und die Wiederherstellung der früher beschäftigten Arbeiter und Angestellten Sorge getragen werden. Alle diese Fragen müssen nach Ansicht der Versammlung immer unter voller Berücksichtigung des Gemeinwohls getroffen werden und sollen, soweit angängig, stets in enger praktischer Fühlungnahme zwischen den Vereinigungen der Arbeitgeber und den beteiligten Gewerkschaften geregelt werden. Darüber hinaus wird neben einer sachgemäßen, vom Reich, Staat und Gemeinden in Angriff zu nehmenden Erwerbslosenunterstützung eine baldige praktische Regelung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung in Form von Hausstandsarbeiten und staatlichen Instandsetzungsarbeiten aller Art erforderlich sein, desgleichen eine baldige Inangriffnahme bindender gemeinsinniger Aufgaben, wie Wohnungsbau, Handarbeitsbeschaffung und dergleichen.

Eine neue Art von Paketen. Die Postordnung erfährt mit dem 15. November eine Reihe von Änderungen. Sie bewirkt sämtlich eine Vereinfachung bei der Behandlung von Wertpaketen und Geldsendungen bis zu 100 Mk. Damit wird die schwere Aufgabe der Post bei Bewältigung der Lebensmittelsendungen wesentlich erleichtert. Bei Wertpaketen wird künftig zwischen solchen bis 100 Mk. und solchen über 100 Mk. unterschieden. Beide Arten von Sendungen dürfen nicht auf eine Pakete beschränkt werden. Die Angabe des Wertes hat bei Paketen bis 100 Mk. in der Paketaufschrift zu unterbleiben. Diese Pakete werden den gewöhnlichen Sendungen in der Hauptsache gleichgestellt in den Vorschriften für den Verschluss, die Zeit der Einlieferung, die Befestigung und Bestellgebühren, die Abholung und Aushäntigung.

Der gesamte Privatpaketenverkehr der Seeresangehörigen von der Heimat zur Westfront (Feldpakete bis 10 Kilo, Frachtpakete über 10—50 Kilo) ist mit Rücksicht auf die Verkehrsleere bis etwa Mitte November gesperrt. Die Wiederzulassung dieses Verkehrs wird bekanntgegeben. Der Privatverkehr der Heimat zu den übrigen Fronten und der gesamte Verkehr vom Felde nach der Heimat bleibt bestehen.

## Hamburgs Ende als selbständiger Staat.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburgs Staatsgebiet übernommen.

Senat und Bürgerchaft bestehen nicht mehr. Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik.

Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden die später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften.

Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Berufe nach.

Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt.

Das Privateigentum wird geschützt. Plünderungen werden standrechtlich abgeurteilt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathaus in Permanenz.

Weitere Bekanntmachungen folgen.

Hamburg, den 12. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Lauffenberg, W. Geiß.

Hamburg. Den gefallenen Revolutionskämpfern widmet der Arbeiter- und Soldatenrat diesen Nachruf: Nicht äußerlicher Pomp, nicht Glanz, noch geiler Geldmacht (Gleichen betattete Euch zur letzten Ruhe, oder die Liebe Eurer Brüder war mit Euch, mit Euch, die Ihr für Freiheit und Brudertreue Euer alles gabt, Euch opfertet. Nicht um löwden Namenmons Gewinn, nicht aus Nachdruck zogt Ihr in den Kampf. Der Freiheit blutige Banner tragt Ihr vor Euch her, und Ihr folgter ihm, bedingungslos — beunugslos. So trat Euch die Kugel — das Todesgeschöß irregleiteter Kameraden. Nun senkten sich die roten Freiheitsfahnen zum letzten Male vor Euren toten Leibern. Habt Dank Ihr Heiden — tausendfältigen Dank für

Der „Lübecker Volksbote“ ist das volkstümlichste Blatt Lübeds und der Umgegend.  
Er erläutert die Kriegereignisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!  
Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht unverbürgte Nachrichten als solche kenntlich!  
Er kämpft gegen den Wucher und die Preissteigerung unserer Lebensmittel und Gebrauchsgüter!  
Er tritt für eine ausreichende und gerechte Kriegsfürsorge ein!  
Er berät die Kriegerfamilien in allen Fragen der Unterstützung und Versorgung!  
Er spricht gegen den Völkerverhaß und bahnt einer friedlichen Verständigung den Weg!  
Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und läßt sich aufs neue von ihnen verlangen!  
Der „Lübecker Volksbote“ vertritt die Interessen der Werktätigen aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verhängten Gesetze zulassen!  
Man überzeuge sich durch kändiges Lesen des „Lübecker Volksboten“!  
Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte hat das Recht, den „Volksboten“ zu lesen und wird ihn bald nicht mehr entbehren wollen.  
Einzelnnummer 10 Pfg.      Monatlich ins Haus 1.20 Mk.



### Freiheit!

Wilhelm II. hätte die Straßen Berlins an dem Nachmittage sehen müssen, als seine Abdankung bekannt wurde. In manchem wäre ihm das Bild wohl bekannt vorgekommen. Die Straßen schwarz voll feiernder Menschen, die Infanterie im Potsdamer Platz bis aufs letzte befehlt, Elektrische, die sich kaum den Weg bahnen können, übervolle Droschken, die mühsam Schritt für Schritt vorwärts kommen: war es nicht so an den Festtagen des Hauses Hohenzollern oder beim Einzug eines künftigen Kollegen in die Haupt- und Residenzstadt? Aber heute war es ein gewaltiges Gefühl, das alle auf die Straße und zueinander trieb, es galt einen andern, jahrzehntelang ersehnten Einzug: auf allen Autos und Lastkraftwagen, hinter der flatternden roten Fahne, zwischen Soldaten und Zivilisten fuhr die Freiheit des Volkes wie eine triumphierende Göttin in die riesige Arbeiterstadt Berlin ein, um hier ihr Standquartier aufzuschlagen.

Ihr galt der Jubel, der zum erstenmal wieder seit dem Anfang des Krieges ein wirkliches Volksfest feierte. Das war kein Spalter auf Kommando und nicht die gestimmungslose Neugier eines höfischen Brunn-Aufzuges, sondern die leidenschaftliche Gewißheit, daß nun das letzte Hindernis auf dem Wege zur Freiheit beseitigt sei. Nun wird das Volk die schwerste Frage zu beantworten haben: ob es Freiheit in Zukunft sein soll, die für alle Zeiten im deutschen Land herrschen wird, oder die Unfreiheit des Terrors, die Diktatur der Straße. Denn gerade das hat der erste Tag der deutschen Revolution gelehrt: die Straße soll der Festsaal, auch die Tribüne der Großstadt sein, aber nicht das Beratungs- und Regierungszimmer.

Worte reichen nicht aus, der Empörung und dem Schmerz Ausdruck zu geben, die weiteste Kreise des deutschen Volkes bei dieser Trauerkunde (von der Kaiserabdanke) empfinden. So sagt die „Deutsche Tageszeitung“, und wir wollen ihr heute nicht einmal die allzu greifbare Uebertreibung von den „wertesten Kreisen“ vorhalten. Aber ebenso nehmen wir für uns das Recht in Anspruch, mit der größeren, augenwärtigen Wahrheitsliebe zu sagen: Worte reichen nicht aus, um das Gefühl der Befreiung hinauszurufen in die Welt, daß im Deutschen Reich heute nicht mehr das Gottesgnadentum regiert, sondern das Volksgnadentum, und daß der Mann vor der neuen Zeit seinen Abschied genommen hat, der vor Uniformen und Gasa-Hoffleibern den Arbeiter und Bürger sein ganzes Leben nicht gesehen hat. Was einstens die Reformation war, das ist für uns Kinder des 20. Jahrhunderts die Revolution: wir brauchen keinen Mittler, weder dem Himmel noch der Erde gegenüber, unser politisches und geistiges Heil ist in unsere eigene Hand gelegt, und wir sind entschlossen, es gegen jeden Angriff überlebter Gewalten bis aufs Blut zu verteidigen. Wilhelm II. ging! Die deutsche Republik, die von der brutalen Gewalt vor genau 60 Jahren noch einmal im März gehemmt und niedergeschlagen werden konnte, ist eingezogen, im Schutz eines freien Volkes, und trägt als einzigen Schmuck das rote Bändchen, das von heute ab berufen ist, aller Sterne, Kreuze und Bänder einer verjagten Epoche abzulösen.

### Arbeiterräte und Verhältnis zu Deutschland auf dem Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie hat seine Arbeiten am Freitag, dem 1. November in einer einzigen Sitzung erledigt. Der alte Gegensatz zwischen rechts und links war vollkommen geschwunden; alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, und ebenso einmütig die Wahlen vollzogen. Nur die deutschen Sozialdemokraten aus München brachten ihren Schmerz darüber zum Ausdruck, daß sie nicht in den neuen deutsch-österreichischen Staat aufgenommen werden könnten.

### Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

30. Fortsetzung.

#### Zweihundzwanzigstes Kapitel.

Behrens fand das Gartentor unverschlossen und trat ein. Auch die Haustür war offen, und er gelangte unbehelligt bis in das Vorhaus, in dem die Läufer seine Schritte dämpften. Er schaute unter den Türen. Aber als er eben den Drücker der einen Tür fassen wollte, griff von hinten ein Mensch, der von ihm unbemerkt, herbeigekittet war, an seine Schulter.

Es war Profop, der, obgleich gealtert, in seinem Wesen völlig der alte geblieben war: ein glattrasierter, stummer Mann, hinter dessen nichtsagenden Zügen sich viel Wissen verbarg, die Kreatur eines andern.

„Was wollen Sie?“ fragte Profop hart. „Wer sind Sie?“ Behrens maß ihn mit unerschöpflicher Verachtung. „Wer sind Sie?“ gab er zurück, und in seiner Stimme war ein Jörn, der schliefte.

„Ich bin der Diener dieses Hauses“, antwortete Profop kurz. Behrens zerrte ihn mit einer schnellen Wendung in das Licht eines Fensters. „Lassen Sie sich anschauen.“ flüsterte er befehlend. „Ich will Ihnen sagen, wer Sie sind!“

Die beiden standen sich eine Weile drohend gegenüber, Profop bläht und von einer unbestimmten Furcht gelähmt, Behrens, dessen Jörn schon wieder vernichtet war, lächelnd.

„Goll ist Ihnen sagen, wer und was Sie sind?“ fragte Behrens.

„Was suchen Sie hier?“ stammelte der andere. „Nur eines: einen ehrlichen Menschen! Sie sind dieser Mensch nicht — schon lange sind Sie es nicht mehr, wenn Sie es nicht leicht auch einmal waren! ... Nun geben Sie den Weg frei!“

Mit einer Kraft, die ihm niemand zugebraut hätte, schleuderte Behrens den Diener beiseite, schritt schnell die Treppe hinauf, öffnete, ohne anzuklopfen, eine Tür und trat ein.

An einem Fenster, um nur das Profil ihres Gesichtes zu sehen, lag eine Frau. Er erkannte sie sofort, denn der Zeitlichen es nicht gelungen zu sein, ihr etwas anzuhängen. Nur etwas schmal war ihr Gesicht geworden und sehr blaß sah es aus.

Ein kleines, aber achtjähriges Mädchen, das auf dem Teppich Intete und Bücher und Spielzeug vor sich liegen hatte, sah einen halbkreisförmigen Schatten des Säbels aus.

„Cu“ sagte die Frau, wie sich von ihren Gedanken verzaubert loslösend. „Cu“

Zugleich wendete sie das Gesicht der Tür zu, erblinnte den Mann, der regungslos auf der Schwelle stand, dachte ihn eine

In den Ausführungen der Redner ist einiges auch für Deutschland von unmittelbarer und gewaltiger Bedeutung, daß wir es nach dem Berichte der Wiener „Arbeiterzeitung“ genau wiederzugeben möchten.

Der aus der russischen Gefangenschaft heimgekehrte Parteiführer Dr. Otto Bauer führte über die Bildung der neuen Regierung folgendes aus: „Genosse Kauterlich hat hier einen Gesinnungsausdruck gegeben, das unser aller Gefühl ist, dem Gefühl, es sei im Grunde genommen eine widerwärtige Sache, daß wir uns überhaupt mit den Vertretern der deutschen Bourgeoisie an einen Tisch setzen müssen. Aber er hat selbst hinzugefügt, daß wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts anderes tun könnten. Es ist nicht so, daß die deutschen Arbeiter imstande wären, sich die deutsch-österreichische Republik selber auszubauen. Es spukt ja in vielen Köpfen die Vorstellung, als könnte man die Methoden unserer russischen Genossen, der Bolschewiki, ohne weiteres auf Österreich übertragen. Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte bilden und die Regierung in die Hand nehmen. Hierzu gehörten aber nicht nur die Arbeiter und die Soldaten, sondern auch die Bauern. Der große Unterschied zwischen unserer Lage und der in Rußland ist vor allem, daß der russische Bauer sozial, kulturell, ökonomisch und rechtlich etwas ganz anderes ist als unser Bauer. Während sich der russische Bauer wenigstens gestern noch als Proletarier gefühlt hat, — heute ist dies schon fraglich — fühlt sich der Bauer bei uns als Bourgeois und unbedingter Gegner der Arbeiterklasse. In Rußland konnte man sagen, wenn die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte gebildet werden, um die Macht an sich zu reißen, so sind das die Vertreter der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des ganzen arbeitenden Volkes. Aber bei uns in Österreich wäre die Vertretung, die wir haben könnten, die Vertretung durch Arbeiterräte und einen Teil der Soldaten, nämlich der aus dem industriellen Proletariat hervorgegangenen Teil, nicht die Vertretung des deutschen Volkes, sondern nur die Vertretung einer Minderheit im deutschen Volke. Und daß sich eine solche Herrschaft behaupten könnte, kann nur glauben, wer die Dinge niemals ernst durchgedacht hat. Nicht Lage nach dem Versuch würde eine solche Regierung, durch Hunger gezwungen, zusammenbrechen müssen. Denn von dem Tage an, wo wir einen solchen Versuch machen, bekommen wir auch keine Lebensmittel von dem Bauern. Wir wollen keine Hoffnungen erwecken, die sich dann, wenn eine Katastrophe kommt, als Illusionen erweisen. Die Arbeiter können den Staat allein nicht aufbauen. Aber das Interesse haben sie, daß er aufgebaut werde, und sie sollen den möglichsten Einfluß der Arbeiterklasse auf diesen Aufbau haben. So müssen wir in einem gewissen Grade mit der Bourgeoisie zusammenarbeiten, solange es sich eben um den Aufbau handelt.“

Über das Verhalten des neuen Deutsch-Österreich zum Deutschen Reich führte Otto Bauer als Referent, nachdem er bargelegt hatte, daß ein neuer Zusammenschluß des alten österreichischen Reiches unmöglich sei und daß Deutsch-Österreich allein kein mögliches Staatsgebilde sei, das folgende aus:

„Dieses Deutsch-Österreich ist, auf sich selbst gestellt, für sich allein kein möglicher Staat. Es ist ein möglicher Bundesstaat innerhalb einer Föderation, es ist aber kein Staat, der ganz allein für sich bestehen könnte, weil er kein geschlossenes Gebiet hat, weil er aus drei verschiedenen Gebieten besteht und weil er viel zu klein ist, seine große Industrie zu erhalten. Darum müssen wir für uns das Recht beanspruchen, den Anschluß dort zu suchen, wo wir ihn finden können, wo wir von Natur aus hingehören und von wo man uns schließlich vor ein paar Jahrzehnten abgetrennt hat, den Anschluß beim Deutschen Reich. (Beifall.) Ich weiß, daß sich dieser Gedanke in den Massen der deutsch-österreichischen Bevölkerung durchaus noch nicht durchgesetzt hat, daß er vielen Deutsch-Österreichern und nicht am wenigsten unseren deutsch-österreichischen Arbeitern noch sehr unpopulär ist. Aber daraus geht doch nur hervor, daß die Menschen langsam sind im Umdenken und sich des Neuen, das da wird oder vielmehr schon geworden ist, noch garnicht bewußt sind. Der Ursprung der Argumente, die gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs als besonderen Bundesstaat an das Deutsche Reich geltend gemacht werden, ist gewöhnlich, — das brauchen wir uns nicht zu verhehlen — der alte Preußenhaß (Sehr richtig!), der allen Süddeutschen und natürlich auch den Deutsch-Österreichern innewohnt. Gewiß ist dieser Preußenhaß aus guten Ursachen entstanden, aber die Zeiten des verpreuften Deutschlands sind endgültig vorüber. (Bravo!) Der preußische Gewaltstaat der Junker ist gewesen, die Demokratisierung Deutschlands wird keine Macht der Welt mehr verhindern können. Wir zweifeln nicht, daß das, was sich schon vollzogen hat, der Anfang einer Entwicklung ist, die noch weiter gehen wird. Die Demokratisierung Deutschlands bedeutet unzweifelhaft die Entpreuung Deutschlands, die Entjunkering Preu-

rens. Das bedeutet schon jetzt, daß der Süden Deutschlands viel stärker zum Ausdruck kommt, als vorher. Heute wird das Deutsche Reich samt Preußen fast von lauter Württembergern regiert. Die Demokratisierung Deutschlands bedeutet heute, daß innerhalb Preußens das echte Preußen, nämlich Ostpreußen, vollständig machtlos wird. Und dort in Ostpreußen sind die Junker. Die Führung Preußens fällt in die Hände der vorgeschrittenen, von Arbeitern bewohnten Teile, nämlich Rheinland und Westfalen, und die Demokratisierung bedeutet, daß in Ostpreußen selbst die Junkermacht gestürzt wird und die breiten Massen des ostpreussischen Volkes, die wahrhaft die Bezeichnung nicht verdienen, die man für die Junker hat, selbst die Macht an sich ziehen. Man führt nun als wirtschaftliches Argument an, daß die große deutsche Industrie uns erdrücken würde. Deutsch-Österreich kann wirtschaftlich nicht existieren. Die Alpenländer sind arme Gebiete, Ungarländer, noch dazu ohne Getreide. Daneben haben wir aber ungeheure Industriezentren. Das ist ein unmögliches Gebilde. Wir fühlen das heute schon, denn seit sich dieser deutsch-österreichische Staat konstituiert hat, müssen wir Tag für Tag um Lebensmittel betteln gehen, weil wir keinen Tag ohne fremde Hilfe existieren können. Und da die anderen das große Wirtschaftsgebiet, das wir mit ihnen gemein hatten, nicht mehr wollen, so müssen wir den Anschluß an ein anderes Wirtschaftsgebiet suchen und dieses kann kein anderes sein als das des Deutschen Reiches. Der Anschluß an das Deutsche Reich ist, wenn die freie Föderation der Völker nicht möglich ist, keine politische, keine nationale, sondern vor allem eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wenn man dem entgegenstellt, daß wir darüber nicht zu entscheiden haben, daß das der Friedenskonferenz machen werde, so ist das von allen Argumenten das gefährlichste und törichte (Zustimmung). Wir müssen darüber entscheiden, sonst wäre das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine leere Phrase. Nur muß man, was den Deutsch-Österreichern so schwer fällt, selbst etwas wollen. Wenn wir wollen, so wird Europa über Deutsch-Österreich nicht hinweggehen können, denn wenn der Entente-Imperialismus so töricht sein sollte, uns mit Gewalt niederzuwerfen und einem staatlichen Gebilde einordnen zu wollen, das wir nicht wollen, so würde er sich nach den Erfahrungen des Krieges selbst jagen müssen, daß er damit nur einen unerträglich und unhaltbaren Zustand in Europa schaffe, daß wir aber, sobald seine Truppen abziehen, doch um würden, was wir wollen. (Beifall.) Aber wenn Europa um unseren entschlossenen Willen steht, wird es ihm ebenso Rechnung tragen müssen, wie dem anderen Völker.“

An das Deutschland der deutschen Demokratie und des deutschen Proletariats, an das Deutschland Freiheit und Befreiung, an das Deutschland der Sozialdemokratie, die erste Aufgabe der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie sein müsse. Was heute liegt und werde, ist ein neues Deutschland, in dem der Sozialismus selbst aus der Lathke der Demokratie hervorgehen werde. So schloß Otto Bauer unter dem lebhaften Beifall des ganzen Parteitag.

### Arbeitslosenversicherung und Demobilisation in der Vorländerkonferenz.

Am 1. November tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandspartnern, über die nach dem „Korrespondenzblatt“ das folgende zu berichten ist:

„Über die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung“ referierte Ambreit-Berlin. Er berichtete, daß die Generalkommission sich mit den übrigen Zentralen der Gewerkschaften- und Angestellten-Verbände über einige Änderungen der früher beschlossenen gemeinsamen Eingabe zu diesen Fragen verständigt hätte. Die Änderungen betreffen besonders den Umfang der Versicherungspflicht, präzisere Formulierung des Versicherungsanspruches, die Schaffung eines Rechtsweges bei der Arbeitslosenversicherung, die Anerkennung einer Mindervertretung der Angestellten in den Arbeitsämtern und die Regelung der Wahl der Arbeitsvermittler in der Geschäftsordnung der Arbeitsnachweise.“

Sodann berichtete Legien über die Vorschläge zur industriellen Organisation der Übergangswirtschaft. Anerkannte Vertreter der Industriellen haben dafür ein Zusammenwirken von Unternehmerverbänden und Arbeitnehmerorganisationen ausgedrückt. Die Vorschläge basieren auf der Anerkennung der Gewerkschaften und auf paritätischer Regelung aller Fragen; sie sollen durch beiderseitige Verständigung noch präzisiert und vervollständigt werden. In der Aussprache ergab sich trotz mancherlei Bedenken und

lange Zeit stumm an, stand dann ägernd auf, machte drei Schritte auf ihn zu, erklärte ihn nun endgültig und griff sich mit beiden Händen an die Schläfen.

So standen sie sich mehrere Minuten, ohne sich zu rühren, gegenüber.

„Herbert“ rief endlich Lucie, wie nach überwundenem Schrecken, „du —“

„Ja“, antwortete er, „ich —“

Das Kind meinte leise, denn es schien zu spüren, daß etwas Unheimliches in der Luft lag. Die Mutter nahm es bei der Hand und führte es in das angrenzende Zimmer. „Du, Joch zur Minna, sie soll mit dir in den Garten gehen! Folge!“

Sie kam wieder zurück, und er stand noch an derselben Stelle. „Was willst du, Herbert“, fragte sie, „mein Mann ist nicht hier.“

„Deshalb, weil er nicht hier ist, bin ich gekommen.“

„Was willst du?“

„Dich“, sagte er langsam und feierlich, „dich.“

„Wich?“

Er ging auf sie zu, nahm ihre Hand und sah ihr in die Augen. „Hast du mich nicht erwartet?“

„Ja“, sagte sie leise, „ich habe dich erwartet.“

„Schon lange?“

„Schon seit Jahren.“

„Seit Jahren?“ Sein Mund verzog sich zu einem grimmiigen Schmerz. „Warum nicht schon immer?“

Sie sah zu Boden. „Es war ein Irrtum, Herbert“, sagte sie mit einer Härte, die sich gegen sie selbst richtete, „ein großer Irrtum.“

„Ich habe dich immer erwartet“, sagte er, von einem bodenlohen Schmerz durchwühlt, „immer, all die Jahre, von der ersten Stunde an. Immer habe ich dich erwartet. Heute, sagte ich mir jeden Abend, wenn ich mich auf meine Prißke hinstellte, um zu schlafen, heute, diese Nacht kommt sie, kommt sie im Traume zu mir, um mit mir zu reden, — denn es war so viel, das wir uns zu sagen hatten, so viel, so viel. ... Aber du bist nicht gekommen, keine Nacht, nie, nie. ... Und er legte nach einer Weile des Nachdenkens hinzu: „Ich habe viel gelitten.“

„Ich weiß es“, sagte sie mit einer Trauer, die ein volles Jahrzehnt der Sünde in eine glühende Schönheit tauchte, „ich weiß es.“

„Seit wann hast du es erfahren?“

„Ich habe ein Kind“, antwortete sie, „und seit das Kind da war, war auch die Stunde da, die mir zurief: „Fürchte dich!“ Alle die Jahre habe ich mich gefürchtet.“

„Nicht vor dir, denn an dich habe ich geglaubt, — ja, von der Stunde an, da ich das Kind hatte, habe ich an dich geglaubt!“

„Ich habe mich vor etwas anderem gefürchtet.“

„Vor deiner Schuld?“

„Ja.“

Sie schwiegen, und er sagte dann flüsternd: „Es gibt eine Verantwortlichkeit, es gibt eine Rache!“

Sie beugte den Kopf nach hinten: „Ich weiß es.“

„Wirst du sie tragen?“

„Ich habe sie getragen, — nein, damit ist nicht genug gesagt, sie trägt mich, ich bin von ihr durchweht, bin von der Rache durchweht und von der Furcht, — es gibt für mich keine Stunde mehr, in der ich ruhig fern kann, — die Schuld hat sich in mir eingetrakt und läßt mich nicht los.“

„Um wen fürchtest du? Um dich?“

Sie lächelte dünn. „Um mich? Nein.“

„Um wen?“

„Um mein Kind!“ Ihre sie laut und wiederholte: „Denn noch einmal leise und verzweifelt: „Nur um mein Kind!“

„Das Kind ist unglücklich“, sagte er streng.

Sie hob die Arme und bedeckte ihr Gesicht damit, wie um ein Bild zu hängen, das sie verfolgte. „Ja, aber es ist mein Leben, es gibt nichts, was ich habe außer ihm. Und immer denke ich, daß etwas geschehen muß, das es mir nimmt. Ich habe eine solche anfängliche Angst. Ich überwache alle seine Schritte, ich kenne nachts keinen Atem, immer bin ich bei ihm, — und doch rückt immer die Angst an mir, daß das, alles eines Tages, in einer Stunde, in einer Minute, nachlos sein wird, daß etwas geschehen wird, etwas Furchtbares, das es mir nimmt!“

Ihr Atem flog, ihre Augen waren heiß und trocken. So schritt sie wie irr durch das Zimmer, wie ein Tier, das seinen Käfig durchwühlt, trat dann an ein Fenster und sah blind hinaus. Er umschloß sie mit seinen Armen und mußte mit einem Mal, wie tief er sie noch liebte. Nein, er hatte nicht zurecht um sie getan, es gab überhaupt kein Zurecht, das er an ihr tun konnte, und es machte ihn unermesslich glücklich, daß er fühlte, wie groß und rein und selbstlos seine Liebe geworden war.

„Lucie!“ rief er ihr zu.

„Ja?“ gab sie schattenhaft zurück.

„Denkst du noch an ihn?“

„Ich denke an ihn, alle Stunden, er verfolgt mich bis in meine Träume, — es ist seine Rache, daß er mich so verfolgt.“

„War es denn soviel, was ich ihm angeden habe?“

„Wir haben ihn geliebt, Lucie!“

„Ja, ja“, sagte sie gequält.

„Du liebst, ich liebe, — aber er ist tot!“

„Wie ich leben will!“ rief sie verzweifelt.

Fortsetzung folgt.

